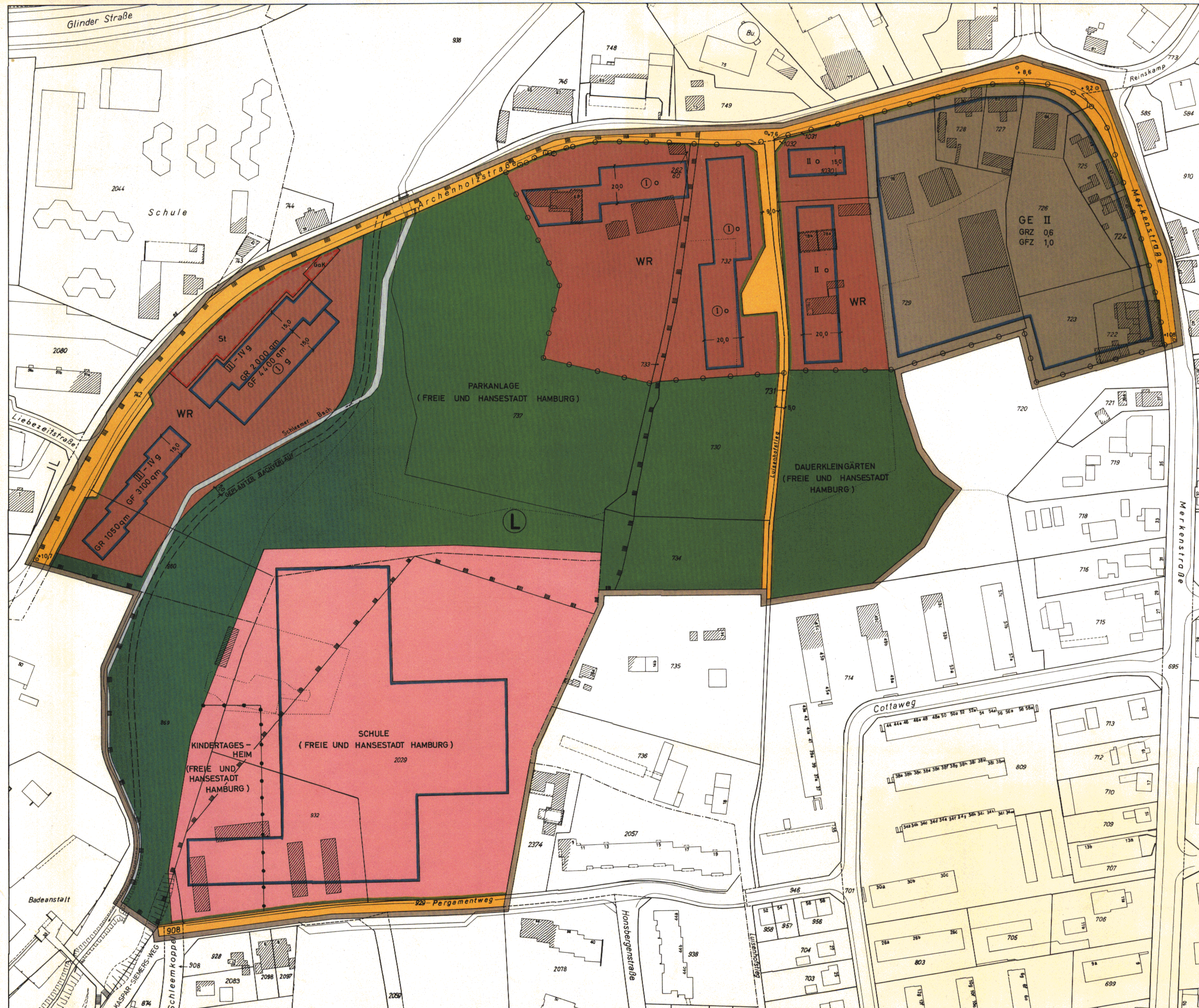




BEBAUUNGSPLAN BILLSTEDT 37

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
DES BEBAUUNGSPLANS

BAUGRENZE

STRASSENABGRENZUNGSLINIE

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

REINE WOHNBEZIEHE

GEWERBEZIEHE

ZAHLE DER VOLLGESCHOSSE

ALS HÖCHSTGRENZE

ALS MINDESTGRENZE

ZWINGEND

GRUNDFLÄCHENZAHLE

GESCHLOSSFLÄCHENZAHLE

GRUNDFLÄCHE DER BAULICHEN ANLAGEN

GESCHLOSSFLÄCHE

OFFENE BAUWEISE

GESCHLOSSENE BAUWEISE

FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE ODER GARAGEN

STELLPLÄTZE

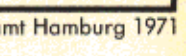
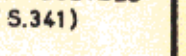
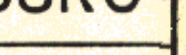
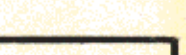
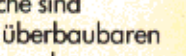
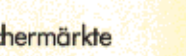
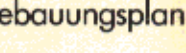
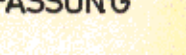
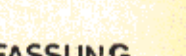
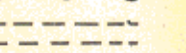
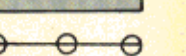
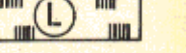
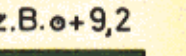
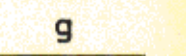
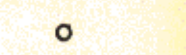
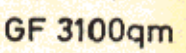
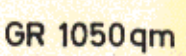
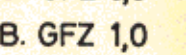
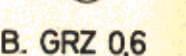
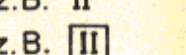
GARAGEN UNTER ERDGLEICHE

BAUGRUNDSTÜCKE FÜR DEN GEMEINBEDARF

STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN

STRASSENHÖHEN IN METERN BEZOGEN AUF NN

GRÜNFLÄCHEN



NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND KENNZEICHNUNGEN

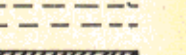
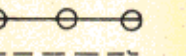
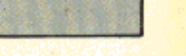
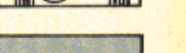
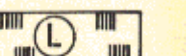
LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET

VORHANDENE WASSERFLÄCHEN

VORGESEHENES BODENORDNUNGSgebiet

UNVERBINDLICHE VORMERKUNG MIT ANGABE DER NUTZUNG

VORHANDENE BAUTEN



HINWEIS

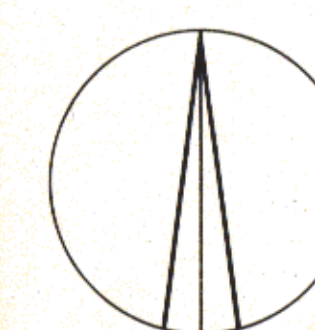
MASSGEBEND IST DIE BAUNUTZUNGSVERORDNUNG IN DER FASSUNG
VOM 26. NOVEMBER 1968 (BUNDESGESETZBLATT I SEITE 1238)

Auszug aus der Verordnung über diesen Bebauungsplan
vom 6. Juli 1971

§ 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende
Bestimmungen:

1. Im Gewerbegebiet sind Einkaufszentren und Verbrauchermärkte
unzulässig.
2. Außer der im Plan festgesetzten Garage unter Erdgleiche sind
weitere Garagen unter Erdgleiche auch auf den nicht überbaubaren
Teilen von Baugrundstücken zulässig, wenn Wohnruhe und
Gartenanlagen nicht erheblich beeinträchtigt werden.



1 : 1000

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

BEBAUUNGSPLAN
BILLSTEDT 37

AUFGRUND DES BUNDESBAUGESETZES
VOM 23. JUNI 1960 (BGB I S. 341)

BEZIRK HAMBURG-MITTE

ORTSTEIL 131

Freie und Hansestadt Hamburg
Baubehörde
Landesplanungsamt
2 Hamburg 36, Stadthausbrücke 8
Ruf 35 10 71

Feldvergleich vom August 1970
Kataster- und Vermessungsamt

Archiv Nr. 33631 A

(KBL: 7232, B. 99, 104)

Offsetdruck: Vermessungsamt Hamburg 1971

HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

Nr. 31

MONTAG, DEN 19. JULI

1971

Tag	Inhalt	Seite
6. 7. 1971	Verordnung über den Bebauungsplan Billstedt 37	155
6. 7. 1971	Verordnung über den Bebauungsplan Rotherbaum 15	156
6. 7. 1971	Verordnung über den Bebauungsplan Rotherbaum 22	156
6. 7. 1971	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft	157

Verordnung

über den Bebauungsplan Billstedt 37

Vom 6. Juli 1971

Auf Grund des § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzblatt I Seite 341) in Verbindung mit § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung vom 3. Juli 1961 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 232) wird verordnet:

§ 1

(1) Der Bebauungsplan Billstedt 37 für den Geltungsbereich Archenholzstraße — Merkenstraße — Südgrenze des Flurstücks 722, Süd- und Westgrenze des Flurstücks 723, Südost- und Südgrenze des Flurstücks 729 der Gemarkung Öjendorf — Luisenhofstieg — Südgrenze des Flurstücks 734, Ostgrenze des Flurstücks 737 der Gemarkung Öjendorf, Ostgrenze des Flurstücks 2029 der Gemarkung Schiffbek — Pergamentweg — Schleemkoppel — Kaspar-Siemers-Weg — über das Flurstück 869 der Gemarkung Schiffbek bis Schleemer Bach — Südgrenze des Flurstücks 960 der Gemarkung Öjendorf (Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil 131) wird festgestellt.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans wird beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt. Ein Abdruck des Plans kann beim örtlich zuständigen Bezirksamt kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke beim Bezirksamt zur Verfügung stehen, können sie gegen Kostenerstattung erworben werden.

§ 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Bestimmungen:

1. Im Gewerbegebiet sind Einkaufszentren und Verbrauchermärkte unzulässig.
2. Außer der im Plan festgesetzten Garage unter Erdgleiche sind weitere Garagen unter Erdgleiche auch auf den nicht überbaubaren Teilen von Baugrundstücken zulässig, wenn Wohnruhe und Gartenanlagen nicht erheblich beeinträchtigt werden.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 6. Juli 1971.